Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 15 | 16. Juni 1920 | Jahrg. II

Inhalt:

1. Es lebe der Schieber!

Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 1. Juni bringt unter der Ueberschrift „Es lebe der Schieber“ einen großen Aufsatz, in dem behauptet wird, daß große Mengen Heeresmaterial an eine Reihe von Firmen verschoben seien. Obwohl dieser Artikel offenbar antisemitische Tendenz hat, sind in ihm auch eine große Anzahl nichtjüdischer Personen genannt, die sich in gleicher Weise an den Schiebergeschäften beteiligt haben sollen wie Juden. Es ist uns bisher gelungen, über die einzelnen Behauptungen das Folgende festzustellen:

1. Fall Litwin:

Es heißt in dem Artikel:

Der Kommerzienrat Georg Litwin, russischer Staatsangehöriger, Büro: Kaiser-Allee Nr. 21, Wohnung: Hohenzollerndamm 6, hat laut Vertrag vom 10. 1. 20 mit der kaufmännischen Direktion des RVS. bzw. Abt. Krieg sämtliche in Deutschland noch befindliche Feldküchen und Feldbacköfen mit dazu gehörigen Protzen und Reserveteilen gekauft. Die noch vorhandenen Bestände haben einen Wert von etwa 2 400 000 Mark. Die einzelne Feldküche bzw. Backofen mit Protze und Reserveteilen ist mit 400 Mark berechnet worden. Litwin hat ferner in seiner Eigenschaft als Inhaber der deutschen Evaporatbr. A. G. vertraglich den Ankauf zugesprochen bekommen von sämtlichen Schützengrabenbaggern und der gesamten Gasmunition des Gasübungsplatzes Brohlow. Desgleichen die gesamten Restbestände an Ballonwinden, alles Verträge mit der kaufmännischen Direktion des RVN. Ebenso hat Litwin durch gleichen Vertrag die noch vorhandenen Restbestände des Lagers zu Dessau für etwa 40 000 Mark gekauft. Diese Bestände setzen sich zusammen aus Tornistern und anderen Ausrüstungsstücken. L. steht mit der kaufmännischen Direktion des RVN. (jetzt Reichstreuhandgesellschaft) auch zurzeit wieder wegen Ankaufs anderer Heeresbestände in Verbindung. Es verlautet, daß L. ein guter Bekannter des früheren kaufmännischen Direktors Dr. Bach sei. Außerdem soll Direktor Bresina, jetzt ebenfalls nicht mehr im Dienst, bei L. freundschaftlich verkehrt haben und wiederholt zu „fröhlichem Beisammensein“ eingeladen gewesen sein. Bemerkenswert wäre vielleicht, daß die Dessauer Bestände ohne Vorausbezahlung herausgegeben worden und bis heute noch nicht bezahlt sind.

Dazu teilt uns Herr Kommerzienrat Litwin folgendes mit: Er heiße nicht Georg mit Vornamen, sei nicht Russe, sei nicht Inhaber der „Deutschen Evaporatbr. A. G.“, sondern nur ihr Generaldirektor. Zu den Geschäftsinhabern gehören fast lediglich Christen, z. B. Stresemann, Schweighofer usw. Die vom Reiche erstandenen Feldküchen und Feldbacköfen seien zum großen Teil noch gar nicht abgeliefert. Sie sollten nicht zum Verkauf dienen, sondern zum eigenen Bedarf umgearbeitet werden. Erst nachträglich verlangte ein Beamter der Reichsgesellschaft, daß das Material verschrottet werde. Dadurch entstehe der „Evaporatbr.-Gesellschaft“ ein großer Schaden. Denn die Küchen, die mit 400 Mark pro Stück bezahlt werden, haben zum Verschrotten höchstens einen Wert von 120 Mark. Die Gesellschaft würde gerne mehrere Millionen Abstand zahlen, wenn sie aus dem Kontrakt wieder entlassen würde. Von den Restbeständen eines Lagers in Dessau, das er für 40 000 Mark gekauft haben solle, sei ihm nichts bekannt. Die Nachricht sei einfach erlogen. Sofort nach dem Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ haben offenbar antisemitische Spitzel alle möglichen Schieberwaren offeriert.

2. Fall Mendelsohn.

Es wird behauptet:

Die Banka Litauische Handelsgesellschaft hat gleichzeitig große Posten Militärtuche von der Firma L. Jacob Mendelsohn u. Co., Inhaber Peltasohn, Militäreffektenfabrik, Dircksenstr. 47, gekauft und nach Litauen geschickt. Es handelt sich hier um etwa 10 000 komplette Garnituren, bestehend aus Waffenröcken, Hosen, Mänteln.

Woher hat die Firma Mendelsohn diese Stoffe?

Die Firma Mendelsohn behauptet, daß diese Angaben nicht den Tatsachen entsprächen.

3. Fall Pprai u. Ecko.

Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet:

Ganz besonders fällt es auf, daß die Fa. „Osten", Export, Import, Warenhandel, Pprai u. Ecko, Berlin NW.7, Unter den Linden 56 (Zollernhof) 3000 Nacktpelze (in Worten dreitausend) nach Polen zum Preise von 220 Mark per Stück verkauft hat. Die Firma „Osten" hat nach ihrer Angabe diese Pelze von der Firma Wiese u. Söhne, Neumünster gekauft, zum Preise von 135 Mark. Es ist festgestellt, daß dieses nicht den Tatsachen entspricht und die Firma noch weniger für die Pelze bezahlt hat. Nach ihrer Angabe hat Herr Görrig vom Zentralleder (Zentralstelle für Ausfuhrbewilligung für Leder usw., Viktoriastr. 12) die Genehmigung zur Ausfuhr erteilt. Die Firma „Osten" hat wenige Tage vorher, es war im November 1919, einen Posten von 1000 Pelzen an einen gewissen Direktor Koeber nach Thorn verkauft, der sie wahrscheinlich ebenfalls nach Polen verkauft hat.

Dazu wird uns mitgeteilt, die Firma heiße nicht Pprai u. Ecko, sondern Sprai u. Uckow. Auch hier behauptet die Firma, daß die Angaben unrichtig seien.

4. Fall Pacina.

Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet, daß eine besondere Chiffreschrift ausgearbeitet sei. Diese Schrift habe sich Herr Pacina, ein Galizier, ausgedacht. Er wohne in Westend, Bayernallee 4 und habe mit großen Posten Heeresausrüstungsstücke, Waffen und Munition gehandelt. Er soll auch für den Volksbeauftragten Barth die Waffen zur Revolution geliefert haben.

Dazu teilt Herr Pacina mit, daß er nicht Galizier, sondern geborener Oberschlesier sei. Er sei an der Sache so gut wie gar nicht beteiligt. Den Code habe nicht er, sondern Hauptmann Freiherr von Stechow ausgearbeitet. Gegen diesen schwebe allerdings ein Verfahren. In ihm habe der Kriegsgerichtsrat, der die Untersuchung führe, Pacina, dessen Geschäft offenbar neuerdings von Spitzeln überwacht wurde, eine Ehrenerklärung abgegeben.

5. Fall Schwarzschild.

Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet:

Die Firma Schwarzschild beschäftigt sich mit dem Vertrieb freigewordener Lederausrüstungsstücke des Heeres und der Marine. Schwarzschild war bis vor kurzem offizieller Direktor der Militärlederverwertungsstelle, zu deren Aufsichtsrat er auch noch gehört, sowie Bevollmächtigter der Verteilungsstelle des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie. Die aus Heeresbeständen herrührenden freigewordenen Lederwaren hat Schwarzschild von der Handelsgesellschaft Raiffeisensche Genossenschaften A. G. zu Berlin, Köthener Straße, erworben, die sie wiederum durch Vertrag mit der kaufmännischen Direktion des RVS. und zwar vom Lager Magdeburg erstanden hat. Hierbei sei erwähnt, daß der Raiffeisenverband selbst durchaus einwandfrei dasteht und nur einwandfreie Geschäfte zu tätigen pflegt. Unmittelbar von AVS. hat Schw. Lederwaren nicht gekauft. Dagegen hat er kürzlich vom Bekleidungsamt Breslau einen größeren Posten Militärröcke mit 24 Mark pro Stück erworben und davon etwa 12 000 Stück an die Zweigverwaltung mit 33 Mark pro Stück verkauft. Unverständlich ist, daß letztere im Interesse der Ersparnis für den Staat Ankäufe nicht unmittelbar getätigt hat. Uebrigens ist dieser Verkauf anscheinend von der AVS.-Zweigstelle Breslau ohne Genehmigung der Ref. KS. getätigt worden.

Der Inhaber der Firma Schwarzschild sagt dazu, daß der Verkaufspreis von 33 Mark pro Stück deshalb angebracht sei, weil es sich um die allerbeste Ware handelt, die aus dem großen Posten herausgesucht werde. Von der Reichsbehörde sei ihm bestätigt worden, daß er durchaus als anständiger Kaufmann gehandelt habe.

6. Fall Israel Farchi.

Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet:

Die Firma Israel Farchi, Berlin, Kaiserstr. 41, hat vertraglich vom RVN. (kaufm. Direktion und Ref. Leder) nachstehend aufgeführte Posten Pelzwaren erworben:

am 29. 3. 20:	15 163	Pelzjacken .	12 M. p. Stück
	311	Pelzdecken .	12 M. p. Stück
	49	Nacktpelze .	20 M. p. Stück.

Diese Stücke sind vom Lager der Westpr. Materialverwertungsgesellschaft seit einiger Zeit abgerollt, an die genannte Firma geliefert, bisher aber noch nicht bezahlt.

Ferner hat die Firma aus den Lagerbeständen aus Chemnitz, Kottbus usw. im Sommer 1919 27 590 Nacktpelze zum Preise von 35 M. p. Stück gekauft.

Für den zuerst genannten und bisher noch nicht bezahlten Posten Pelzwaren verlangt die Reichstreuhandgesellschaft (früher RVN.) jetzt eine erhebliche Nachzahlung gemäß den heutigen Richtpreisen, und zwar:

für die Pelzjacken	88 M. p. Stück
für die Pelzdecken	68 M. p. Stück
für die Nacktpelze	230 M. p. Stück.

Da die Firma seinerzeit vertraglich den Kauf abgeschlossen hat, weigert sie sich jetzt naturgemäß, die geforderte Nachzahlung zu leisten.

Die Firma behauptet unter Vorlegung von Belegen, daß die Angaben unwahr seien. Sie wird Klage anstrengen.

7. Fall Hirsch u. Co.

Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet:

Die Firma Hirsch u. Co., Inhaber Eduard Hirsch, Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 36, hat an die Banka Litauische Handelsgesellschaft, Potsdamerstr. 140, Direktor Zacharias, im März 1919 viele 1000 Paar Schnürstiefel verkauft.

Auch hier erklärt der Inhaber der Firma die Behauptungen für vollkommen unrichtig. Er habe mit der Litauischen Handelsgesellschaft niemals etwas zu tun gehabt. Es habe sich nicht um deutsche, sondern um amerikanische Stiefel gehandelt.

8. Fall Fröhlich.

Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet:

Der Kaufmann Max Fröhlich, Inhaber der Usinger Quarzwerke, Regensburger Straße 13, ist eine in Handelskreisen nicht gut beleumdete Person, vor dem Kriege mehrfach, darunter schwer, vorbestraft. F. hat umfang-

reiche Geschäfte vertraglich mit dem RVA. getätigt, so die Gesamtbestände des Reiches an neuen Tornistern mit Fellrücken, ohne Tragriemen, gekauft, und zwar mit 3 M. pro Stück, also unerhört billig! Zufolge verschiedener Unregelmäßigkeiten bei der Verrechnung ist die Auslieferung weiterer Tornister an F. inhibiert worden. F. hat, soweit feststeht, bisher etwa 325 000 Tornister erhalten.

Ferner hat F. erhalten:

	50 000	Paar Hufeisentaschen	2,50	M.
	6 200	Packtaschen	20,—	,,
	4 000	Stück Patronentaschen	2,—	,,
	250 000	Kinnriemen	0,07	,,
	4 000	Tragriemen	1,30	,,
	34 000	Stahlhelme halbfertig	3,—	,,
etwa	17 300	Pistolentaschen	3,50	,,
,,	17 000	Flieger- und Fliegersturzhelme	1,—	,,
,,	320	Paar Ledergamaschen	6,—	,,
,,	1 650	Stück Ledermützen	2,—	,,
,,	620	Lederhandschuhe	0,50	,,
,,	300	Kopfhauben	2,—	,,

Bei Durchsicht der Preise fällt naturgemäß sofort für einen großen Teil der gekauften Objekte die außerordentliche Billigkeit auf. Ob mit Recht oder Unrecht, der Staat dürfte demgemäß entweder durch Unredlichkeit oder durch Unfähigkeit des Amtes um gewaltige Summen geschädigt worden sein. Hingewiesen sei noch auf das gegen Fr. (sein Anwalt ist der unabhängige Sozialdemokrat Cohn, Oskar) bei der Staatsanwaltschaft schwebende Verfahren. Es schwebte ursprünglich beim Amtsgericht Charlottenburg, im Januar 1920, wurde an die Staatsanwaltschaft abgegeben, da der Fall zu kompliziert sei. Das Verfahren lautete gegen Fr. und Heinrich wegen Kettenhandel und Preiswucher. Fr. behauptet, bei seinem Weiterverkauf an Kommunen und große Verbände keinerlei Verdienst gehabt zu haben, während ihm Riesengewinne nachzuweisen waren. Außerdem hat sich ergeben, daß Fr. große Verdienste auch durch Zahlung mit Kriegsanleihe gemacht hat. Verwickelt in diese Angelegenheit ist der früher zur Reichsschuhstelle gehörige Rechtsanwalt Dr. Amend.

Der Inhaber weist darauf hin, daß die Angaben bereits vom Reichsverwertungsamt in Nr. 41 der „Leipziger Neuesten Nachrichten" berichtigt seien. Weitere Ermittlungen schweben noch.

2. **Das antisemitische Lügengebilde.**

Die Morgenausgabe der „Freiheit" vom 5. Juni 1920 bringt folgenden Artikel:

Das antisemitische Lügengebilde.

Die reaktionären Kreise suchen nach einem Sündenbock für den verlorenen Krieg, auf den sie die Entrüstung des Volkes von den wahren Schuldigen abwälzen können. Seit Jahren wollen sie durch Entstellung und Mißachtung der Tatsachen die Vorstellung erwecken, als ob der militärische Zusammenbruch eine Folge der „zersetzenden jüdischen, antimilitaristischen Propaganda" gewesen sei, die ihre letzte Krönung in den angeblichen russischen Goldsendungen an Dr. Cohn fand und als ihr Ziel die jüdische Weltherrschaft ansieht. Mit einem ungeheuren Aufwand von Geld und Papier wird diese Behauptung immer wieder ins Volk getragen und hat ihren Höhepunkt im jetzigen Wahlkampf erreicht.

Eine der Hauptbeschuldigungen gegen das Judentum ist der Vorwurf, es sei international und arbeite auf die Zersetzung des christlichen Besitzstandes zum Zwecke der Aufrichtung der jüdischen Weltherrschaft hin. Damit zusammenhängend wird die angebliche Solidarität der Juden untereinander den Antisemiten als Vorbild entgegengehalten. Aber sehen wir uns an Hand einzelner Beispiele an, wie es in Wirklichkeit mit der Behauptung bestellt ist, daß alle Juden, die sich in führenden politischen Stellen betätigen oder die durch ihr Kapital einflußreiche wirtschaftliche Stellen erlangt haben, sich immer zuerst als Beauftragte der jüdischen Gesamtheit fühlen: Der zur Zeit wohl am meisten genannte Jude Trotzki, ehedem als Verkünder des Bolschewismus und Zerstörer des russischen Militarismus von denselben reaktionären deutschen Kreisen gefeiert, die ihn heute als Alljuden und Schreckensherrscher beschimpfen, hat niemals während seiner ganzen politischen Tätigkeit andere als russische und sozialistisch-weltpolitische Ziele verfolgt. Das russische Judentum stand dagegen immer in seiner gewaltigen Mehrheit auf seiten der kadettischen Regierung Kerenski, und Trotzki erklärte einmal einer Delegation großer jüdischer Gemeinden, die bei ihm vorstellig wurde: „Zuerst bin ich Russe und dann Jude!" Daß aber die angeblich in Rußland an der Herrschaft befindlichen Juden in Wirklichkeit unter den Anhängern des Bolschewismus nur in verschwindender Zahl zu finden sind, ergibt sich auch aus dem von der Sowjetregierung Ende 1918 veröffentlichten Ergebnis über die Zusammensetzung der Petersburger kommunistischen Parteiorganisation, nach dem von den 124 071 Petersburger Kommunisten nur 2,6 v. H. Juden sind.

Wie es mit dem Internationalismus des deutschen Judentums bestellt ist, zeigt ein Schreiben, das der Vorsitzende des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" an den Konsul Marx gerichtet hat, wonach der 200 000 Mitglieder umfassende Centralverein grundsätzlich auf dem Standpunkt stehe, daß seine Mitglieder national-deutsch orientiert sind. Und Kurt Eisner, der Berliner (nicht galizische) Jude, antwortete einigen Juden, die ihn baten, sich im Interesse des Semitismus ins Privatleben zurückzuziehen, daß, wenn heute immer noch ein Unterschied zwischen Jüdischen und Nichtjüdischen gemacht werde, er sagen müsse, daß die ganze Revolution umsonst gewesen sei. Von Walter Rathenau, dem Direktor der A. E. G., schrieb Otto von Gottberg während des Krieges offiziös für das Kriegsministerium: „Er kam ohne Ruf und Amt, ein Deutscher in Sorge um das Vaterland. Wie wenige ein Kenner unserer Wirtschaft, fühlte Dr. Walter Rathenau, daß Deutschland einen längeren Krieg siegreich nur dann überstehen könne, wenn der Staat ohne Säumen zu organisiertem Sammeln, Sparen und Mehren der für die Kriegführung nötigen Stoffe schritt. Der Kriegsminister sah den Mann, den er gesucht hatte." Dies letzte Beispiel allein zeigt schon, wie falsch die Behauptung ist, daß die Juden an allem Unglück schuld seien. Es zeigt vielmehr, daß sie in ihren politischen Anschauungen ebenso differieren, wie die übrigen Bevölkerungsschichten in Deutschland.

Wenn man aber den Juden auch die Schuld am Ausbruch des Krieges zuschieben will, so wird diese Erfindung schon durch die Tatsache widerlegt, daß es in dem am Krieg schuldigen Deutschland keinen einzigen

jüdischen Diplomaten, Minister, Botschafter oder sonstigen höheren Staatsbeamten, keinen einzigen jüdischen Mitarbeiter der Regierung gab. Der Generalstab der Armee war vollkommen judenrein. In der ganzen Armee gab es keinen einzigen aktiven jüdischen Offizier. Wenn dagegen die „Kreuzzeitung" behauptet, daß nur 11 Prozent der jüdischen Bevölkerung zum Kriegsdienst eingezogen worden seien, so ist dies nichts als eine schamlose Täuschung der Oeffentlichkeit. Selbst bei Unterstellung der Richtigkeit des den antisemitischen Behauptungen zugrundeliegenden oberflächlichen amtlichen Berichts aus dem Jahre 1916 ergibt sich nicht eine Teilnehmerzahl von 11, sondern von 14 Prozent. Aber auf Grund sorgfältiger Erhebungen steht fest, daß über 100 000 Juden im Heeresdienst gestanden haben, darunter über 20 Prozent Kriegsfreiwillige, eine Zahl, die durchaus der der christlichen Frontkämpfer entspricht. Außerdem wurden im Kriege von den bis dahin so verfemten Juden 2200, d. h. jeder sechsundvierzigste, Offizier. Auch diese Tatsache straft die Behauptung von der jüdischen Drückebergerei Lügen.

Eine der beliebtesten Unterstellungen der Antisemiten ist die, daß die gegenwärtige Regierung völlig verjudet sei. Und vielfach verstiegen sie sich sogar zu der Behauptung, daß der Zentrumsmann Erzberger Jude sei. In Wirklichkeit ist innerhalb der ganzen vierzehn Köpfe zählenden Reichsregierung nicht ein Jude zu finden, und unter den siebzehn Unterstaatssekretären im Reich befindet sich ein einziger Jude, Dr. Hirsch. Bei den Regierungen der Bundesstaaten ist es ähnlich. Von den acht preußischen Ministern ist kein einziger Jude, ebenso wie unter den gesamten zehn beamteten und sieben parlamentarischen preußischen Unterstaatssekretären. Mit einer einzigen Ausnahme, die auch noch zweifelhaft ist, sind sämtliche Oberpräsidenten christlicher Herkunft. Das sieben Köpfe zählende bayerische Staatsministerium ist völlig judenrein, ebenso wie das sächsische. Von der württembergischen Regierung sind mit Ausnahme des Innenministers sämtliche Mitglieder Christen, wie auch die Regierungspräsidenten. Von den gesamten 18 Hamburger Senatoren ist nur ein einziger Jude. In Lübeck und Bremen gibt es keine jüdischen Senatoren. Ebenso liegen die Verhältnisse in den übrigen Bundesstaaten. Es würde aber zu weit gehen, sämtliche Feststellungen zu veröffentlichen. Festgestellt sei nur, daß weder im Reich noch in Preußen ein Jude Minister oder sonst führender Staatsmann ist und daß von etwa 100 Ministern in den Bundesstaaten nur ein einziger Jude ist. Trotzdem also der politische Betätigungsdrang der Juden von jeher sehr groß gewesen ist, ist also die immer und immer wieder von den Antisemiten aufgestellte Behauptung, daß die Juden bis zu 80 Prozent in der Regierung vertreten seien, völlig unwahr.

Es muß weiter hervorgehoben werden, daß die Juden in den reaktionären Parteien ebenso stark vertreten sind, wie in den linksstehenden. Das geistige Rüstzeug der konservativen Partei entstammt dem Kopf Friedrich Stahls, der als Jude geboren wurde. Er ist der theoretische Rechtfertiger der konstitutionellen Monarchie, die später durch Bismarck verwirklicht wurde. Und die nationalliberale Partei konstituierte sich im November 1866 auf Grund einer von dem Juden Lasker entworfenen Erklärung. Der moderne Sozialismus ist von Karl Marx und Ferdinand Lassalle geschaffen worden. Aus all diesen Tatsachen ergibt sich, daß die Juden nicht als Eingewanderte, Landfremde, sondern daß sie als Eingeborene zu betrachten sind und daß die Scheidung zwischen Juden und Ariern, ganz abgesehen vom rassentheoretischen und kulturhistorischen Standpunkt, völlig unberechtigt ist.

Was August Bebel auf einem sozialdemokratischen Parteitag sagte, hat heute noch mehr Berechtigung als damals: „Der Antisemitismus, der nach seinem Wesen nur auf die niedrigsten Triebe und Instinkte einer rückständigen Gesellschaftsschicht sich stützen kann, repräsentiert die moralische Verlumpung der ihm anhängenden Schichten."

3. Deutsche Kolonial-Gesellschaft.

In dem letzten deutsch-völkischen Jahrbuch ist unter den Organisationen, die als „deutsch-völkisch" bezeichnet werden, auch die „Deutsche Kolonial-Gesellschaft" aufgeführt. Ein Mitglied des Centralvereins, das seit 12 Jahren Mitglied der „Deutschen Kolonial-Gesellschaft" ist, wandte sich daraufhin mit einer Eingabe an die Vereinsleitung und erhielt den Bescheid, daß „wir auf Anordnung seiner Exzellenz, des Herrn Präsidenten an den Verlag des deutsch-völkischen Jahrbuchs geschrieben und ihn gebeten haben, eine Aufnahme der „Deutschen Kolonial-Gesellschaft in dieses Buch künftighin zu unterlassen".

Interessant ist, daß in einem Vorbescheid dem betr. Herrn mitgeteilt wurde, daß der Deutschen Kolonial-Gesellschaft nicht bekannt ist, durch wen ihr Name in das deutsch-völkische Jahrbuch eingetragen worden ist.

4. Zusammenhang zwischen Deutschnationalen und Radau-Antisemitismus.

Ein neuer Beweis.

Wir wiesen unlängst darauf hin, daß in der Schrift von Kroschel: „Das deutschnationale Gewissen" der bündige Beweis geliefert sei, daß die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei bewußt den Radau-Antisemitismus eines Kunze durch Zahlung von Geldern fördert.

Folgendes Schreiben gibt den weiteren unwiderleglichen Beweis in dieser Richtung:

Deutsche Zeitung.

Berlin SW. 11, den 29. Mai 1920

An die

Deutschnationale Volkspartei,

Recklingshausen.

Wir bringen, mit Genehmigung der Parteileitung morgen ein äußerst wirksames Flugblatt heraus, das für den Wahlkampf unserer Partei ausschlaggebend sein wird und daher erst am Tage vor der Wahl verbreitet werden darf, um die Gegner vollkommen zu entkräftigen.

Es handelt sich um die Abbildung von 20 jüdischen Führern mit entsprechender Bezeichnung, wie solche in so ausgezeichneter Weise in dem Heft „Gut deutsch" schon vor einiger Zeit veröffentlicht wurden, mit der Ueberschrift „Eure jetzigen Führer, wollt Ihr andere, dann wählt deutschnational!"

Dieses Flugblatt wird in seiner wirksamen Aufmachung Wunder tun und den Massen die Augen öffnen. Der Preis dieses Flugblattes, das in einer Million Auflage hergestellt wird, beträgt nur 80 Mark für 1000 Stück zuzüglich Porto. Bestellen Sie daher sofort telegraphisch (es genügt das Stichwort „Führer“) damit der Versand als Eilpaket sofort erfolgen kann.

Inzwischen haben Sie vielleicht die Freundlichkeit, die Verbreitung dieses Flugblattes zum 5. 6. schon jetzt vorzubereiten.

Mit deutschem Gruß
Verlag der Deutschen Zeitung,
gez. Möller.

5. „Der 13. März 1920“.

Der bekannte Oberst Bauer, einer der Veranstalter des Kapp-Putsches, hat eine Broschüre geschrieben: „Der 13. März 1920“, erschienen bei Max Griehn, Buch- und Kunstverlag, München, Horscheltstraße 3. Im vierten Abschnitt behandelt Bauer die Zeit vom 14.—17. März 1920 und führt folgendes aus:

„Die tollsten Gerüchte, die gemeinsten Flugblätter, zum Teil mit gefälschten Unterschriften, liefen um. Es muß hier festgestellt werden, daß das jüdische Element sich ganz besonders hervortat. Wie immer ließ sich der Deutsche auch jetzt belügen. Die Gefahr war drohend. Von allen Seiten liefen Mahnungen ein, gegen die Juden einzuschreiten. Ich lehnte jedoch ab. Es wäre nichts einfacher gewesen, als ein Judenpogrom zu inszenieren, das die breiten antisemitischen Kreise sofort zu aktiver Mitarbeit herangeholt hätte. Die reinen Ziele des Unternehmens sollten nicht durch den Mord vieler Unschuldiger besudelt werden.“

Unsere Ortsgruppen fragen vielfach an, was jetzt nach den Wahlen zu tun sei?

Antwort: Die obenstehend gekennzeichnete ungemindert weiter bestehende gefährliche Verhetzung mit allen Mitteln in allen Volksschichten bekämpfen!

Wer nach der Lektüre der oben abgedruckten Stelle sich noch nicht darüber klar geworden ist, wie notwendig der Central-Verein ist und was ihm zu tun übrig bleibt, ist unbelehrbar.

6. Kommunistische Versammlungen in der Synagoge.

Von antisemitischer Seite wird die Behauptung verbreitet, daß während der Kapp-Tage oder im Anschluß an sie in Berlin in der Synagoge in der Fasanenstraße unter Beachtung besonderer Vorsichtsmaßnahmen eine kommunistische Versammlung stattgefunden habe.

Es bedarf keines Wortes, daß diese Behauptung frei erfunden ist.

Diese Nachricht geht offenbar aus von einem Truppenteil der Reichswehr. Wenige Tage nach dem Kapp-Putsch war uns Mitteilung gemacht worden, daß ein Hauptmann Schmidt, Kommandeur des Sturmbataillons Schmidt in einem Tagesbefehl seinen Mannschaften diese Nachricht vorsetzen wollte. In einer mehrstündigen Unterredung wurde Herrn Schmidt das Unsinnige dieser Behauptung von seiten des Centralvereins auseinandergesetzt. Nichtsdestoweniger ist diese Meldung ausgegeben worden. Ein Beschwerdeverfahren gegen Herrn Hauptmann Schmidt schwebt noch.

7. „Christenglaube und Judenhaß“.

In den Tagen vor den Wahlen wurde ein Flugblatt „Christenglaube und Judenhaß“ in Berlin, besonders in Schöneberg, verbreitet. Die beiden Verfasser sind führende Mitglieder der demokratischen Partei in Schöneberg. Wir geben nachstehend seinen Inhalt wieder:

Christenglaube und Judenhaß.

Es muß jeden gläubigen Christen tief bekümmern, daß die einfachsten Grundsätze unseres Christenglaubens jetzt täglich mit Füßen getreten werden. — Unser Heiland Jesus Christus spricht Mt. 22, 39:

Du sollst Deinen Nächsten lieben als Dich selbst!

Dagegen sündigen alle Parteien, wenn sie bei ihren Gegnern nur das Schlechte sehen. — Besonders unchristlich handeln die „völkischen“ Kreise und Antisemiten, die in einem Atem für die Heiligtümer der Religion einzutreten versprechen und eine wüste Judenhetze treiben. Sie behaupten, das Vaterland über alles zu stellen. Das wäre auch ihre Pflicht. Aber sie tun es nicht! Sie denken an ihre Partei und deren unmittelbare Wahlerfolge. Sie hetzen die an Besitz oder Bildung begüterten Kreise unseres Volkes gegen alle anderen auf. Auch dies ist Klassenhaß! Das muß in den unbegüterten Ständen einen gefährlichen Widerhall wecken. Es ist Heuchelei dazu!

Denn wenn ihnen wirklich, wie sie versichern, Religion, Kirche und Religionsunterricht mehr als allen anderen Parteien am Herzen lägen, dürften sie nicht so unchristlich handeln.

Wie verträgt sich ihr ungezügelter Judenhaß mit der Heiligen Schrift?

Wir gläubigen Christen rufen jedem, zuerst uns selbst, die Worte Jesu zu: Tut Buße!

Unser Reformator Dr. Martin Luther hat auch die Juden zur Buße aufgefordert und ihnen wie anderen Leuten kräftig die Wahrheit gesagt. — Das war sein Recht, und noch heute straft das Evangelium das Böse bei Juden und Christen. Aber einen Menschen verachten und von vornherein für böse erklären, bloß weil er Jude ist, ist unrecht. Luther hat 1523 eine Schrift geschrieben,

„daß Jesus Christus ein geborener Jude sey.“

Heißt es nicht, Maria, die Mutter Jesu, und den Heiland selbst beschimpfen, wenn man ihnen ihre Rasse als etwas Minderwertiges vorwirft?

Die zehn Gebote sind jüdischen Ursprungs

und doch noch immer die unentbehrliche Grundlage der Ordnung und Gesittung. Herrliche Worte der Propheten, dazu Psalmen von zarter Innerlichkeit stehen im jüdischen Teile der Heiligen Schrift, dem Alten Testamente. Wenn wirklich der Geist des modernen Judentums dem Christentum und Deutschtum gefährlich sein sollte, wie die Judenhasser ins Volk rufen, so ist unser Glaube stark genug, auf geistigem Wege mit christlichen Mitteln

ihm Widerstand zu leisten. Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat (1. Joh. 5, 4). Wir gläubigen Christen lehnen es mit Entrüstung ab, daß man

zu politischen Zwecken, die nichts mit Religion zu tun haben,

sich als Beschützer unseres Glaubens aufspielt. Wir sind gewiß, daß auch das Deutschtum besser durch Selbstbesinnung als durch undeutsche Ueberheblichkeit dem Vaterlande nützen wird. Es ist stark genug, die guten Ueberlieferungen der deutschen Vorzeit weiterzuführen. Alles dies geschieht nicht durch Rassenhaß und Klassenhaß.

Es ist nur möglich durch sachliche Gerechtigkeit und wahre Menschlichkeit. Haß macht blind, erst Gerechtigkeit macht sehend. Durch gegenseitigen Haß richten wir Deutschland zugrunde.

Wir wollen uns endlich

zur Rettung Deutschlands

zusammenfinden. Wir sind unter Gottes Himmel Brüder und Schwestern. Auch wer die Juden nicht liebt, schuldet Gott, daß er gegen sie gerecht sei.

Gerechtigkeit erhöht ein Volk!

Christenglauben und Judenhaß schließen einander aus.

Namens vieler evangelischer Christen.

Dr. Lauterbach-Schöneberg,
Lyzealdirektor, Stadtverordnetenvorsteher
Zobel-Schöneberg, Oberturnlehrer, Stadtverordneter.

8. Die Praktiken des Herrn Dr. Dinter.

Dr. Arthur Dinter reist jetzt durch Deutschland und beglückt eine Reihe von Städten mit einem Vortrage „Die semitische Gefahr". In seinen zweistündigen Ausführungen häuft er ein Sammelsurium von Beschimpfungen über die Juden und beschäftigt sich dabei auch ausgiebig mit dem jüdischen Schrifttum, das er in Grund und Boden zerrt. Er scheut sich dabei nicht, das Alte Testament überhaupt als minderwertig und lügenhaft hinzustellen. Der Centralverein ist in der Lage, den Ortsgruppen, wenn rechtzeitig Mitteilung gemacht wird, vorher Material zur Verfügung zu stellen.

Dr. Dinter hebt in seinem Vortrage seinen persönlichen Mut sehr stark hervor. Er behauptet, daß er wegen seiner antisemitischen Betätigung den schwersten Verfolgungen ausgesetzt sei. Den persönlichen Mut betätigt er aber dadurch, daß er sich in seinen Versammlungen meistens mit einer besonderen Garde umgibt, und daß er solange zu reden pflegt, daß es Diskussionsrednern infolge der Polizeistunde unmöglich gemacht wird, zu antworten. So verfuhr er auch in Cassel, obwohl er ausdrücklich vorher zugesichert hatte, daß die Gegenredner hinreichend zu Worte kämen. In einer öffentlichen Zeitungserklärung kündigte Herr Dr. Bruno Lange die Anberaumung einer Gegenversammlung an und versprach Herrn Dr. Dinter eine Diskussionszeit von einer halben Stunde. Dieses Versprechen wurde genau eingehalten. Dr. Dinter wurde sogar in dieser Versammlung ein Platz am Vorstandstisch eingeräumt. Nach übereinstimmenden Zeitungsmeldungen bedeutete diese Gegenversammlung eine restlose Niederlage Dinters.

Dinter pflegt sich, wenn er Diskussionsredner nicht zu Worte kommen läßt, damit zu entschuldigen, daß er sagt, es sei ein jüdischer Trick, in der Diskussion soviel Material vorzubringen, daß man im Schlußwort darauf nicht antworten könne. Diese eigenartige Auffassung kommt auch in einem offenen Brief zum Ausdruck, den er im Anschluß an die Casseler Versammlung im „Casseler Tageblatt" veröffentlicht hat. Wir geben diesen Brief hier mit der Antwort des Herrn Dr. Lange wieder:

„Sehr geehrter Herr Rabbiner Dr. Bruno Lange!

Ihrer öffentlichen Einladung zu der gestern von Ihnen einberufenen Versammlung bin ich gefolgt in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß Ihre gestrigen Ausführungen sich auf meinen vorgestrigen Vortrag beschränkten, zu deren Erwiderung ich die mir zugebilligte Redezeit von einer halben Stunde für ausreichend halten konnte. Jedoch nicht nur Sie, sondern auch die übrigen Herren Redner haben in einer Zeit von insgesamt reichlich zweieinhalb Stunden mich auf das allerheftigste in Punkten angegriffen, die mit meinem vorgestrigen Vortrage teils in gar keinem, teils nur in losem Zusammenhange stehen, während Sie meine wesentlichen und wichtigsten Ausführungen unberührt ließen oder nur oberflächlich streiften. Dabei sind Ihnen und den übrigen Herren Rednern noch dazu mißverständliche Wiedergaben meiner Ausführungen unterlaufen. Die mir bewilligte Redezeit von einer halben Stunde mußte ich zum großen Teil auf diese Berichtigungen und zur Abwehr von Unterstellungen verwenden, die Sie mir in Ihrem am gleichen Tage erschienenen Offenen Briefe gemacht hatten. Der verbleibende Rest meiner Redezeit wurde dann noch trotz Ihrer und des Herrn Versammlungsleiters freundlicher Mahnung von der Zuhörerschaft durch andauernde Zwischenrufe und Gegenkundgebungen weiter stark verkürzt, so daß ich Ihnen und den übrigen Herren Rednern gegenüber wehrlos war.

Ich werde nun, sobald ich meine gegenwärtige Vortragsreise beendet und Zeit und Umstände es mir ermöglichen, in einer zweiten öffentlichen Versammlung in Cassel Ihre Angriffe an der Hand des stenographischen Protokolls eingehend widerlegen. Ich lade Sie heute schon dazu ein und werde Ihnen die gleiche Redezeit zubilligen, die ich für mich selber in Anspruch nehmen werde.

Da die Zeit von einer ganzen Minute, die mir der Herr Versammlungsleiter Oppenheim erst nach wiederholten dringenden Bitten zur Abwehr ehrenrühriger Beschuldigungen bewilligte, die Herr Gadomski gegen mich vorbrachte, nicht ausreichte, habe ich meinen Anwalt beauftragt, gegen Herrn Erwin Gadomski Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung zu stellen.

Ich hoffe, daß Sie, Herr Rabbiner Dr. Bruno Lange, inzwischen der in meiner soeben im Verlag Matthes u. Thost in Leipzig erschienenen Druckschrift „Lichtstrahlen aus dem Talmud" an Sie und sämtliche Rabbiner Deutschlands gerichteten öffentlichen Aufforderung, die Ausführungen dieser meiner Schrift zu widerlegen, nachkommen werden, zumal sie die von Ihnen gestern vorgebrachte Behauptung, meine Ausführungen gingen auf Quellenfälschungen betrügerischer Gelehrter zurück, bereits eingehend widerlegt. Unterlassen Sie diese Widerlegung, so nötigen Sie mich zu der Annahme, daß Sie die Darlegungen dieser meiner Schrift als zu Recht be-

stehend anerkennen müssen oder Ursache haben, eine Widerlegung in kontrollierbarer Form zu vermeiden.

Cassel, den 23. Mai 1920.

In vorzüglicher Hochachtung
Dr. phil. nat. Artur Dinter."

Sehr geehrter Herr Dr. phil. nat. Dinter!

Ihr Mut ist vielversprechend. Noch grenzt er zwar an Trotz. Ihre bessere, innerlich reinere Zeit wird kommen, wenn Sie ernster zu sehen, demütiger zu schreiben, keuscher zu fühlen, geringer sich zu gebärden, weniger zu reden und mehr zu denken gelernt haben. Ich rate Ihnen, viel Bibel zu lesen und Kunst zu studieren. Ihnen fehlt die heilige Offenbarung: Dasein und Mensch, sowie die erhabene Tatsache, zu begreifen, daß „Schriftsteller" Berufene Gottes sind. Sie und Ihre Teutschvölkischen werden nicht zweifeln, daß ich aus Billigkeit mich auch Ihnen zu Wort stelle. Sie wollen es so, und ich bin weniger „mutig", als meiner Sache bewußt. Schade nur um die herrliche Zeit! Ich halte es aber für selbstverständlich, daß

1. Sie der Wahl eines neutralen Vorstandskomitees zustimmen,
2. jede bewaffnete Schar Ihnen gleichgesinnter Zöglinge der Versammlung ferngehalten wird,
3. Sie nicht fast die ganze Stadthalle für die Deutschvölkischen, sondern nur die Hälfte in Anspruch nehmen, und
4. wie gesagt, ein jeder von uns gleiche Redezeit erhält.

Mit diesen gerechten Forderungen sind Sie hoffentlich einverstanden? Wenn Ihre Gesinnungsgenossen etwas dagegen haben, so wollen Sie bemerken, daß wir einen „vornehmen", einen wirklich „deutschen" Redekampf führen wollen. Vor Fälschungen, erfundenen Zitaten, wissenschaftlichen Disziplinen, von denen Sie nach eigener Aussage nichts verstehen (obwohl Sie mir mutig über dies Ihr Wissen eine Broschüre empfehlen, für das Sie sich Material haben zustutzen, haben borgen lassen müssen) wollen Sie die Güte haben, sich zu schützen. Sie werden vielleicht etwas vom letzten Abend gelernt haben. Ihre „Lichtstrahlen aus dem Talmud", von dem Sie nicht ein Wort lesen können, kann man, freundlicher Herr Doktor, Ihnen gegenüber nicht widerlegen; dazu müßten Sie (was Sie nicht besitzen) ein wirkliches Wissen vom Talmud haben. Oder sind Sie gar so übermütig, daß Sie sich bereitfinden lassen, meine wissenschaftliche Widerlegung kritisch erfassen zu wollen, wenn Sie meine in diesem Punkte notwendige „hebräische Terminologie" nicht verstehen? Ueber chinesische Bücher schreibt ein würdiger Mann, wenn er sie wenigstens halb versteht. Ein Irrer oder unendlich Gemeiner nur bringt es fertig, Menschen mit Kulturwillen Lügen oder schändlich zugestutzte Texte aus ihm völlig unverständlichen Quellen vorzulegen. Auf Wiedersehen in Cassel! Bruno Lange.

9. **Deutche Katholikenzeitung."**

Die „Deutsche Katholikenzeitung", ein besonders im Rheinland verbreitetes Blatt, betätigt sich in antisemitischer Weise. Der Herausgeber Krall, der nach unserer Information Pazifist ist, wirbt für die in Oesterreich ziemlich verbreitete katholische Friedensbewegung „Weißes Kreuz" und ist scheinbar auf den Antisemitismus ohne innere Ueberzeugung nur deshalb verfallen, weil dieser jetzt populär ist und ihm geeignet erscheint, seinem Blatt und seinen eigentlichen Bestrebungen Anhänger zuzuführen. Gegen einen vor kurzem in dieser Zeitung veröffentlichten antisemitischen Artikel wurden von einem angesehenen katholischen Herrn Einwendungen erhoben, die jedoch ohne Erfolg blieben.

10. **Judentum und Presse.**

Zu der Mitteilung unter Nr. 2 in Heft 8 der Mitteilungen über die Bedeutung des Zeitungsunternehmens Girardet u. Co. werden wir noch gebeten, darauf hinzuweisen, daß im Besitz dieser Firma auch der „Züricher Tagesanzeiger" ist, der im Sinne der deutschen Reaktion arbeitet.

11. **„Briefkasten-Zeitung des Gen. Kom. A. K."**

Wir möchten nicht verfehlen, unsere ostpreußischen Freunde auf die Gefährlichkeit der sogenannten „Briefkasten-Zeitung" des Gen. Kom. A. K. (bearbeitet vom ostdeutschen Heimatdienst Landesverband Ostpreußen, Königsberg Ostpr., Schloß) hinzuweisen. Die 1. Nummer des Unternehmens erschien am 26. 5. 19 und beschränkte sich bis einschließlich Nr. 3 im wesentlichen auf militärische Gebühren und Uniformfragen usw. Von Nr. 4 aber an häuften sich Fragen antisemitischer Art, die auch durchaus im antisemitischen Sinne beantwortet wurden. Als Blütenlese aus dieser „Briefkastenzeitung" bringen wir Frage Nr. 15 aus Nr. 6 der Zeitung vom 4. 8. 19.

Frage 15.

„P. M. 1. Komp. Freiw. Batl. 33. Warum melden sich zum Dienst zum Ostpr. Freiw. Korps keine Juden?"

Antwort.

„Es ist von jeher nicht Sache der jüdiscehen Rasse gewesen, das Waffenhandwerk zu üben. Die Juden haben seit Menschengedenken sich hauptsächlich auf dem Gebiet des Handels betätigt. Im Aushalten von körperlichen Anstrengungen und Gefahren haben sie nie viel geleistet. Dazu kommt wohl, daß die Liebe zur Heimat, die so zahlreiche Ostpreußen zum Eintritt in das Freiw. Korps bewogen hat, vielen Juden fehlt. Ausnahmen bestätigen die Regel."

Der ostdeutsche Heimatdienst, Landesverband Ostpreußen, Abteilung für Volksabstimmung in Westpreußen Sitz Elbing, den wir um Auskunft angingen, wie weit die Beantwortung dieser Fragen durch ihn erledigt würde, lehnt jeden Zusammenhang zwischen sich und der Beantwortung der in der „Briefkastenzeitung" gestellten Anfrage ab, um so mehr als er in keiner Beziehung mit dem Ostdeutschen Heimatdienst Landesverband Ostpreußen steht. Er hat sich, um mit diesem nicht weiter verwechselt zu werden, nunmehr „Deutscher Ausschuß für Westpreußen, Abteilung für Volksabstimmung und Abwanderfrage Elbing (früher Ostdeutscher Heimatdienst) genannt.

Wie es auch sei, welche Stelle des Ostdeutschen Heimatdienst sich auch in dem von uns oben erwähnten antisemitischen Sinne betätigt, so ist es doch geboten, ein wachsames Auge auf diese Zeitung zu haben, denn wenn die Juden Ostpreußens, wie es ja selbstverständlich ist, in der Abstimmung ihre national-deutsche Gesinnung zum Ausdruck bringen, so muß es sie tief verletzen, daß ihnen eine Organisation, wie der ostdeutsche Heimatdienst, mit antisemitischen Anwürfen in den Rücken fällt.

12. Geisteswaffen.

Das „Hamburger Echo“ vom 6. Juni bringt in seiner Morgenausgabe das nachfolgend abgedruckte treffende Gedicht:

Sie trampeln und scharren,
Sie brüllen wie Rinder,
Und quäken wie Kinder.
Und quietschen und knarren,
Sie formen an Schüsseln
Die Lippen zu Rüsseln
Und zeigen als Pfeifer
Unendlichen Eifer.
Sie schwingen die Stecken,
Den Redner zu schrecken,
Und droh'n mit dem Knüppel:
Wir hau'n Dich zum Krüppel!
Und äußersten Falles
Bleibt nutzlos dies alles,
Bums! knallen sie munter
Den Gegner herunter.
So sind sie beschaffen,
Die „geistigen Waffen“,
Die Kampfesrequisiten
Der Antisemiten.

Peter Michel.

13. Straßenredner-Kursus.

In Berlin fand kurz vor den Wahlen ein einstündiger Straßenredner-Kursus statt, den das Vorstandsmitglied des Centralvereins, Dr. Apfel, hielt.

Es wurden dabei die besonderen Gesetze des Straßenredens, Art und Weise, wie man antisemitischen Rednern entgegentreten solle usw. erst in einer zusammenhängenden Ausführung, dann in der Diskussion dargestellt.

Wir empfehlen den Landesverbänden in Großstädten solche Kurse abzuhalten. Richtlinien dafür hoffen wir demnächst herauszubringen.

14. „Tatsachen.“

Während von antisemitischer Seite stets behauptet wird, daß die Juden es seien, die durch radikale Politik Ruhe und Ordnung im Lande störten, sehen die tatsächlichen Verhältnisse ganz anders aus. Schon mehrfach konnte erwähnt werden, daß während der letzten Unruhen im Ruhrgebiet, Juden auf Seiten der gegenaufständischen Bewegung sich rühmlichst betätigt und ihr Eintreten sogar mit dem Tode gebüßt hatten. Von besonderem Interesse dürfte der Fall sein, in dem eine jüdische Persönlichkeit Offiziere der Sicherheitswehr, die von der Roten Armee verfolgt wurden und deren Erschießung geplant war, während der ganzen Unruhen unter persönlicher Gefahr in ihrem Hause verborgen hielt.

Bücherschau.

16a. Abwehr-ABC.

Herausgegeben vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Berlin W. 35, Flottwellstr. 9. Preis 3,60 M.

Vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus ist ein Kriegslexikon herausgegeben worden, das recht übersichtlich und recht eingehend mit wenigen Schlagworten Material über alle für den Abwehrkampf wichtigen Momente gibt. Trotz Ausstellungen, die im einzelnen zu machen sind, kann das Büchlein als Schlagwortregister und knappe Materialsammlung empfohlen werden.

16b. Jüdisches Elend in Wien.

(Bilder und Daten von Bruno Frei.)
R. Löwit-Verlag Wien—Berlin 1920.
Preis 7,20 M.

Die Schrift wendet sich gegen zwei gefährliche Feinde, gegen die Antisemiten modernster Richtung, die Geldjudenfresser und gegen diese Geldjuden selbst, sofern sie sich in jüdischer Wohltätigkeit betätigen. An letzterem liegt es, wenn des jüdischen Proletariers und Lumpenproletariers meist vergessen wird. Es gibt nicht nur jüdische Millionäre, Bankiers und Kriegsgewinnler, sondern noch weit mehr jüdische Bettler, Obdachlose und frierende und hungernde jüdische Kinder. Zu diesem Nachweis enthält das Buch ein vorzügliches zur Agitation und Aufklärung geeignetes Material über Wien. So waren beispielsweise im Jahre 1918 von 4035 Leichenbegängnissen 2001 d. h. 50 v. H. Gratisbeerdigungen, also 50 Prozent der Juden Wiens in so kümmerlichen Verhältnissen, daß sie bei einem Todesfall nicht einmal die bescheidensten Beerdigungsgebühren bezahlen können. Sehr illustrativ ist eine Betrachtung des jüdischen Wohnungselends. Verfasser hat in 2 fast ausschließlich von Juden bevölkerten Stadtvierteln Erhebungen angestellt und in dem Durchschnitt der von ihm aufgesuchten Wohnungen einen Belag von 2,5 Personen für den Raum gefunden. Ueber $^1/_3$ aller untersuchten Wohnungen waren so dicht bevölkert, daß mehr als 5 Personen auf einen Wohnraum kamen. Entsetzenerregend sind die Angaben über das Kinderelend und die Unterernährung. Die Zunahme der jüdischen Kindersterblichkeit drückt sich durch folgende Ziffern aus: Es starben in Wien 1910 bei einer Gesamtsterblichkeit von 2186 Kindern 40 6—10jährige Kinder. 1918 starben bei einer Gesamtsterblichkeit von 3754 Kindern 110 6—10jährige Kinder. Während also die Gesamtsterblichkeit um 71 Prozent wuchs, beträgt die Steigerung in den berechneten Altersklassen 175 Prozent.

Beide Bücher sind zu beziehen durch den Philo Verlag und Buchhandlung G. m. b. H., SW. 68, Lindenstraße 13.

Wegen Raummangel mußte der weitere Abdruck der „Antisemitischen Literatur“ in dieser Nummer der Mitteilungen unterbleiben.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6